



Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt

Statement der Sbg. Armutskonferenz im Rahmen der offiziellen Unterzeichnung des Dokumentes durch Bgm. Heinz Schaden am 10.12.2008 für die Stadt Salzburg

Die Durchsetzung sozialer Grundrechte - Zwischen Protest und Protokoll.

Was passiert, wenn soziale Grundrecht plötzlich einklagbar werden, kann man derzeit in Frankreich beobachten: Nachdem zu Weihnachten 2006 Obdach- und Wohnungslose mehrere Wochen lang protestiert und auf ihre Situation aufmerksam gemacht haben, wurde 2007 ein Gesetz verabschiedet, dass Kommunen verpflichtet, Wohnraum für alle zur Verfügung zu stellen. Sollte eine Kommune dieses Recht nicht umsetzen, kann sie zu einer Geldstrafe verurteilt werden. Die Strafzahlungen fließen dann in einen Fonds, mit dem wiederum Wohnungen errichtet werden. Insgesamt 3.500 Antragsteller konnten über den Rechtsweg bereits eine (neue) Wohnung beziehen. Zwar nur ein Bruchteil der Betroffenen, aber immerhin.

Nun ist Frankreich nicht Salzburg, es gibt also keine Proteste von Obdach- und Wohnungslosen, keine bunten Zelte entlang der Salzach, mit der die Marginalisierten der Gesellschaft auf ihre Anliegen aufmerksam machen, kein demonstrativ-solidarisches gemeinsames Übernachten mit Betroffenen bei Minusgraden. Keine Proteste, kein Aktionismus also, mit denen „Rechte“ eingefordert - und auch erreicht werden.

Salzburg geht einen anderen, vorsichtigeren Weg, und setzt mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt doch ein wichtiges Zeichen. Kein Obdachloser wird – auch nach der Unterzeichnung – eine Wohnung einklagen können, und trotzdem bietet diese Unterzeichnung Anlass, dass sich das eine oder andere doch bewegen könnte:

- Die Debatte um Armut und soziale Ausgrenzung ist nur zu oft und viel zu sehr „**Moral infiziert**“: Der Vorwurf „selbst schuld!“ zu sein, die (Ab-)Qualifizierung als einer Hilfe unwürdig, das Reiten des Sündenbocks, alles Strategien, die weniger auf einem modernen Rechtsverständnis beruhen, als viel mehr auf gesellschaftlichen Vorurteilen und Machterhalt.

Und wenn die nun unterzeichnete Charta dazu beiträgt, Armut- und Sozialpolitik wieder vermehrt unter einem „**Rechtsaspekt**“ zu sehen, scheint schon viel gewonnen.

- Dies betrifft auch Fragen der **Qualität sozial- bzw. armutspolitischer Maßnahmen**. Unterkünfte für Obdachlose, die zwar ein Dach über den Kopf, ansonsten aber keine „Qualität“ bieten, mögen auch durch diese Charta zumindest wieder in Diskussion geraten, ist dort doch von einem Recht auf „*menschenwürdigen, sicheren und gesunden*“ Wohnraum die Rede. Die Stadt



Salzburg wird also in Hinkunft nicht nur Fragen nach bestehenden Unterkünften beantworten müssen (Frauen!!), sondern auch, ob diese „menschenrechtskonform“ ausgestaltet sind.

- Weiters kann / könnte diese Charta, wenn sie „richtig“ gelesen wird, auch dazu führen, dass **Armutspolitik** vermehrt als **Querschnittsmaterie** betrachtet wird. Das Sozialleitbild der Stadt, das ja auch – zumindest programmatisch - eine Kehrtwendung von „Kommunaler Sozialpolitik“ zu „Sozialer Kommunalpolitik“ gemacht hat, hat hier noch keine wie immer geartete positive Wirkung entfaltet.

Sollte hier mit der Unterzeichnung der Charta der eine oder andere Denkanstoß in diese Richtung gelingen, z. B. spezifische Gesundheitsangebote für von Armut Betroffene, also den Gesundheitsbereich betreffend, wäre das sehr zu begrüßen.

Die Stadt Salzburg trägt bereits jetzt beträchtlich zur sozialen Integration in unterschiedlichen Bereichen bei. Und doch: Mit der Unterzeichnung der Charta, summiert man sämtliche Aspekte, die sich mit Armut, Ausgrenzung bzw. sozialer Integration beschäftigen, ergibt sich aus unserer Sicht eine **explizite Verantwortung, Armut und Ausgrenzung seitens der Stadt Salzburg umfassender als bisher zu thematisieren** und politisch zu behandeln!

Womit allerdings – abschließend – nicht gemeint ist, seitens der NGO´s bzw. anderer zivilgesellschaftlicher Akteure die Hände in den Schoss legen zu können und die GESAMT-Verantwortung der Stadt resp. der Politik umzuhängen, im Gegenteil: So wie die Initiative zur Unterzeichnung der Charta von der Plattform Menschenrechte ausgegangen ist, so werden wohl auch in Hinkunft soziale Initiativen und Akteure einen wesentlichen Beitrag leisten (müssen), damit diese Charta resp. die Inhalte auch zu „leben“ beginnen.

Und wenn nicht, dann gibt´s ja immer noch die Möglichkeit der bunten Zelte am Salzachufer.

Robert Buggler